

TISCHANSPRACHE DES PRÄSIDENTEN DER HELLENISCHEN REPUBLIK AN DEN PRÄSIDENTEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND HERRN JOACHIM GAUCK BEIM OFFIZIELLEN ABENDESSEN IN DER RESIDENZ DES STAATSPRÄSIDENTEN

Mit Freude begrüße ich Sie, Frau Daniela Schadt und die Sie begleitende Delegation hier in Griechenland. Vor einem Jahr besuchten wir gemeinsam in Berlin die Ausstellung „Mythos Olympia – Kult und Spiele“. Damals hatten wir einen ersten Meinungs austausch. Ihr heutiger Besuch gibt uns die Gelegenheit, diesen Dialog fortzusetzen. Er ist ein bedeutendes politisches Ereignis, das die Notwendigkeit einer stetigen Bereicherung im dynamischen Ausbau unserer Beziehungen bekundet.

Die Beziehungen zwischen Griechenland und Deutschland haben geschichtlich tiefgreifende Wurzeln. Mehr als 300.000 Bürger griechischer Abstammung leben in Ihrem Land. In der Vergangenheit waren es sogar mehr als 600.000. Gemeinsam mit den anderen Gararbeitern haben sie zur ökonomischen Prosperität Deutschlands beigetragen. Es war eine Zeit, in der Ihr Land auf fremde Arbeitskräfte angewiesen war. Diese Leute bildeten den Ausdruck von Solidarität, indem sie auch ihren persönlichen Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen haben. Heute, bilden sie eine lebendige Brücke der Freundschaft zwischen unseren Ländern. Im Jahr 2013 besuchten 2,2 Millionen Deutsche Urlauber Griechenland. Die Tourismusströme verzeichneten einen Zuwachs von 7,5% gegenüber 2012. Die Deutsch-Griechische Industrie- und Handelskammer feierte in diesem Jahr ihr 90-jähriges Jubiläum. Das Goethe-Institut besteht seit 1952, und während der Militärdiktatur war es einer der Orte des freien und offenen Dialogs. Das Deutsche Archäologische Institut Athen besteht seit 1874. Die Deutsche Schule Athen seit 1896 und ihr Pendant in Thessaloniki seit 1888.

Ihr Besuch in Griechenland fällt mit dem Vorsitz Griechenlands im Rat der Europäischen Union zusammen. In dieser Ratspräsidentschaft haben wir uns zum Ziel gesetzt, Themen um Wachstum und Beschäftigung in Europa, europäische wirtschaftliche Vertiefung und integrierte Meerespolitik, erfolgreich voranzubringen.

Eine Priorität ist ebenfalls die Bewältigung der illegalen Migration. Griechenland ist das Haupteingangstor für illegale Einwanderer nach Europa und kämpft hierbei fast allein an vorderster Front. Die in diesem Bereich entstandene Situation, mag vorteilhaft für unsere EU-Partner sein, sie ist jedoch untragbar für uns. Mit „Dublin II“ haben die nördlichen EU-Mitgliedstaaten in gewissem Maße ihr eigenes Problem gelöst. Ich möchte darauf hinweisen, dass die illegale Einwanderung nicht nur ein höchst

gravierendes nationales Problem für Griechenland, sondern auch ein ernsthaftes europäisches Problem darstellt. Wenn wir tatsächlich meinen, was wir im Hinblick auf eine europäische Einigung sagen, dann muss die Frage der illegalen Migration auf der Grundlage einer, mit effizienten Instrumenten und Finanzmitteln hinreichend ausgestatteten, gemeinsamen europäischen Politik angegangen werden. Es ist offensichtlich, dass sich an dieser Front alle Mitgliedsstaaten gleichgewichtig und anteilmäßig beteiligen müssen.

Herr Bundespräsident,

Sie wissen, dass die griechischen Bürger und vor allem die sozial schwächeren Bevölkerungsschichten schwer von der Wirtschaftskrise betroffen worden sind. Eine Sanierung der Finanzen ist zweifelsohne notwendig, aber eine realistische und nachhaltige Finanzsanierung ist unmöglich, wenn die Realwirtschaft stranguliert wird. Sie kann nicht durch Überbesteuerung von Besitz, Geschäftstätigkeit und Einkommen erzielt werden. Die drastische Austerität und die strengen Sanktionen lösen das Problem nicht. Sie halten die Wirtschaft im Teufelskreis der Rezession verfangen. Die horizontalen Gehalts- und Rentenkürzungen der vergangenen Jahre haben sich verheerend für die sozial schwächeren Schichten ausgewirkt. Und die Situation wird durch den Abbau des Sozialstaates weiter verschärft.

Um aus der Krise herauszukommen, sind wachstumsorientierte Politiken zum Zweck der Vermögensschöpfung und der Senkung der Arbeitslosigkeit lebensnotwendig. Und Griechenland hat bedeutende brachliegende Wachstumspotentiale, die genutzt werden müssen.

Unter anderen Wettbewerbsvorteilen entwickelt sich Griechenland zu einem bedeutenden Faktor auf der Energielandkarte der Region. Dies umfasst auch Energievorkommen und Transport-Pipelines. Doch das ist nicht alles. Der Hafen von Piräus etabliert sich als der bedeutendste Hafen im Mittelmeer. Junge Menschen mit hohem Bildungs- und Qualifikationsstand gründen neue innovative Unternehmen mit Exportcharakter. Griechenland ist darüber hinaus ein dynamischer Wirtschaftsakteur in der Balkanregion, und wir können hier unsere Kräfte vereinen, um die sich neu eröffnenden Investitionsgelegenheiten zu nutzen.

Ich muss betonen, dass der Ausweg aus der Krise nicht allein durch Ausgabenkürzungen erreicht werden kann. Eine sozial gerechte Lastenverteilung ist unabdingbar, aber das reicht nicht. Wie ich bereits sagte, kann eine nachhaltige Finanzsanierung nur erzielt werden, wenn sie mit Wachstum einhergeht. Wachstum wiederum bedeutet groß angelegte produktive Investitionen. Und diese kann es nicht geben ohne eine Umschuldung der Staatsschuld.

Griechenland trägt Verantwortung dafür, dass es zum schwachen Glied der europäischen Kette wurde. Andererseits ist nunmehr erwiesen, dass die griechische Krise nicht mehr ist als die extreme Ausdrucksform der Euro-Krise. Gerade aus diesem Grund wurde die Notwendigkeit grundlegender Änderungen in Bezug auf Architektur und Funktion der Eurozone und der Europäischen Union insgesamt dringend auf die Tagesordnung gesetzt, um ein gerechtes und ausgewogenes Nord-Süd – Verhältnis zu konsolidieren.

Die Krise hat insbesondere die Länder des europäischen Südens getroffen, die die Kluft mit dem Norden, statt kleiner, größer werden sehen. Die europäische Krise ist keine Konjunkturkrise. Sie ist struktureller Art. Es kann folglich nicht darum gehen, den schwächeren Gliedern eine Bestrafungspolitik aufzuerlegen, sondern es bedarf einer strategischen Vision, die Europa wieder auf den Wachstumspfad bringen und die gesunden Errungenschaften der vorherigen Jahrzehnte bewahren wird. Nur so kann die europäische Integration tatsächlich vorangebracht werden. Die Rolle Deutschlands ist bei diesem Unterfangen entscheidend.

Herr Bundespräsident,

Vor dem Hintergrund dieser sensiblen Umstände, erfordert die Entwicklung von freundschaftlichen und konstruktiven Kooperationsbeziehungen zwischen Griechenland und Deutschland vielseitige Bemühungen. Sie kennen die persönlichen Bande, die mich mit Deutschland verbinden. Diese besonderen Bande machen es mir umso schwieriger, die Weigerung der deutschen Regierung zu verstehen, die Frage des Besatzungskredits und der Kriegsschadigungen zu diskutieren. Es handelt sich hierbei nicht nur um ein ungelöstes Thema, das einen negativen Schatten auf unsere Beziehungen wirft. Es handelt sich auch um eine kritische Frage des politischen Ethos.

Es ist widersprüchlich, ein Oxymoron, dass vom griechischen Volk gefordert wird, ohne Debatte, schmerzhaft Auflagen und Verpflichtungen zu erfüllen und Deutschland sich weigert, über, seit dem Zweiten Weltkrieg ausstehende, Verpflichtungen zu debattieren. Die Verhandlung abzulehnen. Die internationale Streitentscheidung abzulehnen. Demnach, die internationale Legitimation der Streitbeilegung abzulehnen. Ihre Position „das ist kein Thema“ ist eine Behauptung. Sie kann nicht einseitig als definitives Fazit vorgebracht werden.

Herr Bundespräsident,

Ich las mit Aufmerksamkeit von Ihrer bedeutenden Initiative, wonach Deutschland eine stärkere Rolle im Weltgeschehen übernehmen soll. Es ist nicht immer einfach, die Ideale der Internationalen Gemeinschaft mit der Realität in Einklang zu bringen. Die Staaten haben ihre eigenen besonderen

Interessen. Die Krisenherde in unserer weiteren Umgebung haben sich vermehrt. Immer öfter kommt es zur Anwendung von Gewalt zur Lösung von Streitigkeiten. Zur gleichen Zeit erscheinen die Vereinten Nationen machtlos, den Respekt ihrer, in der UN-Charta verankerten Prinzipien durchzusetzen, geschweige denn, beschlossene Resolutionen umzusetzen.

Im Östlichen Mittelmeer haben wir ein Problem, das uns unmittelbar betrifft. Es handelt sich um die anhaltende Besetzung von 36,4% des Territoriums der Republik Zypern von den türkischen Streitkräften, nach der Invasion 1974 zum Zweck der Teilung der Insel. Es gibt eine erneute Initiative der Vereinten Nationen zur Lösung des Zypernkonflikts, und wir wünschen alle, dass sie zu einer Lösung führen wird. Ich möchte indes betonen, dass Griechenland keinen Lösungsplan akzeptieren wird, der den aus der Invasion hervorgegangenen Status quo legitimiert, noch selbstverständlich einen Plan, der nicht vollkommen mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand kompatibel ist.

Herr Bundespräsident, Ihr heutiger Besuch gab uns die Gelegenheit, als Länder mit engen Banden, einen aufrichtigen Meinungsaustausch zu führen. Mit Zuversicht und positiver Einstellung in die Zukunft zu blicken. Die jeweiligen Positionen, Ziele, Belange und Sorgen besser zu verstehen. Und dies, denn trotz der engen Bande, bestehen noch immer viele negative Stereotype. Es ist unsere Pflicht, zu ihrem Abbau beizutragen. Unsere gemeinsame Vision muss ein wirtschaftlich starkes Europa sein, das im globalen Wettbewerb bestehen kann, aber auch ein sozial gerechtes, das den Bedürfnissen seiner Völker gerecht wird. Und selbstverständlich ein Europa, in dem sich alle Mitgliedsländer unter gleichwertigen Bedingungen an Wachstum und Wohlstand beteiligen.

In diesem Sinne erhebe ich mein Glas und wünsche Ihnen und der verehrten Frau Schadt Gesundheit, Glück und dem deutschen Volk stets Fortschritt und Wohlstand.